

Frank Roost

Geschichte des öffentlichen Raums, Tagung des AK Planungsgeschichte der gsu in Kooperation mit dem Institut für Raumplanung der Universität Dortmund (IRPUD)

Dortmund, 14. und 15. November 2003

Die in Planerkreisen vielfach zu hörende Klage über die Privatisierung oder gar den Verlust des öffentlichen Raums ist angesichts der fortschreitenden Kommerzialisierung der Innenstädte und des Baus großflächiger suburbaner Freizeit- und Konsumeinrichtungen durchaus nachvollziehbar. Dennoch stellt sich die Frage, ob diese polarisierende Sichtweise nicht auf starken Vereinfachungen beruht, zumal damit ja auch impliziert wird, dass es zumindest zeitweise einen gut funktionierenden und für alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig zugänglichen öffentlichen Raum gegeben hätte. Der Arbeitskreis Planungsgeschichte der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (GSU) stellte sich deshalb der Aufgabe, die Ansprüche, Nutzungen und planerischen Konzepte, die den öffentlichen Raum in verschiedenen historischen Epochen geprägt haben, zu ergründen und diskutierte die damit verbundenen Fragen auf der in Kooperation mit dem IRPUD organisierten Tagung "Geschichte des Öffentlichen Raums", die am 14./15.11. in Dortmund stattfand.

Bereits in dem einführenden Beitrag von Gerhard Fehl wurde deutlich, dass der öffentliche Raum, so wie wir ihn heute im Allgemeinen definieren, eine bürgerliche Erfindung des 19. Jahrhunderts ist. Schließlich waren in den Städten vorheriger Epochen, wie zum Beispiel in den barocken Residenzen, die "öffentlichen" Bereiche der Stadt gar nicht allen Bewohnern in gleicher Weise zugänglich. Erst im Zuge der Industrialisierung wurden tatsächlich öffentliche Parks und Plätze angelegt, deren Planung, wie Christoph Bernhardt darlegte, vor allem vom Gedanken der Hygienisierung geprägt war. Das Ruhrgebiet stellte dabei nach Renate Kastorff-Viehmans Auffassung eine Ausnahme dar. Angesichts der weniger dichten Siedlungsstruktur herrschte im Ruhrgebiet

kein Mangel an Freiflächen an sich. Vielmehr bestand aus Sicht konservativer Politiker ein Mangel an bürgerlicher Kultiviertheit, so dass die damals entstandenen Parkanlagen vor allem die Disziplinierungsambitionen der Sponsoren reflektieren.

Hatte sich bis dahin die Gestaltung des öffentlichen Raums noch auf die Anlage von Parks und Plätzen beschränkt, wurde, wie Ursula von Petz darstellte, erst im Zuge der von Camillo Sittes Forschungsarbeiten geprägten Städtebaureform der öffentliche Raum als wesentliches Gestaltungselement entdeckt - so zum Beispiel von Theodor Fischer in München. Ausgehend von solchen frühen Beispielen waren im 20. Jahrhundert auch viele Anhänger des modernen Städtebaus darum bemüht, differenzierte Konzepte für den öffentlichen Raum zu entwickeln. Wie Ulrich Wieler anhand der Wirkungsgeschichte von Walter Schwagenscheidts Raumstadt-Idee darlegte, wurden diese Konzepte bei ihrer Realisierung jedoch oft stark verwässert, und konnten deshalb die von Ihnen erhofften Wirkungen kaum entfalten.

War die konsequente Umsetzung von Planungskonzepten, mit denen Städtebau und öffentlicher Raum aufeinander abgestimmt werden sollten, in demokratischen Gesellschaften schwer durchsetzbar, taten sich die totalitären Systeme damit umso leichter, nutzten dies jedoch auch gleich für staatliche Repräsentation und Propaganda. Christiane Wolf zeigte anhand der nationalsozialistischen Gauforen, wie im Rahmen von kultartigen Propagandaveranstaltungen der Partei die Architektur mit den im öffentlichen Raum arrangierten Menschenmassen zu einem Gesamtbild verschmolzen wurden, in dem das Individuum nur noch in einer durch das System klar zugewiesenen Rolle vorkam.

In gewisser Hinsicht war auch der DDR-Städtebau in seiner Anfangsphase von ähnlichen Erwägungen geprägt - zumindest bezüglich der Gestaltung des zentralen Bereichs als Raum für inszenierte Demonstrationen. Im Verlauf der Diskussion über diese These von Frank Betker und Ruth May wurde jedoch deutlich, dass die damals übliche ideologische

Überfrachtung der Städtebaudebatte heute nicht zu dem Fehlschluss führen sollte, die Gestaltung des öffentlichen Raums in der DDR sei einem einzigen Modell gefolgt, das eindeutig als "die sozialistische Stadt" definierbar wäre. Vielmehr handelt es sich, wie Carsten Benke in seinem Beitrag verdeutlichte, um unterschiedliche Versuche, "Stadt im Sozialismus" zu gestalten. Deren lokale Ausprägung und Gestaltung war im Laufe der Jahrzehnte aber weniger von der ideologischen Komponente geprägt, als vielmehr von der Ausnutzung lokaler Handlungsspielräume und der durch die Stellung im Städtesystem determinierten Zuweisung knapper ökonomischer Ressourcen.

In der Bundesrepublik stand in der Debatte über den öffentlichen Raum die Schaffung von Fußgängerzonen im Vordergrund, mit denen der zunehmenden Konsumorientierung wie auch dem wachsenden Automobilverkehr Rechnung getragen wurde. Die im Laufe der Jahrzehnte modifizierten Konzepte unterschied Dirk Schubert in die drei Gruppen Wiederaufbauprojekte, Umgestaltung des Zentrumsbereichs und Einkaufszentrum am Stadtrand. Allen dreien gemeinsam aber ist das Problem der mangelhaften Gestaltung der Übergänge zu den umgebenden, meist autogerechten Flächen. Eben diese Randbereiche analysierten auch Tilman Harlander und Gerd Kuhn in ihrem gemeinsamen Vortrag, der die Brücke zwischen historischer Betrachtung und der Diskussion aktueller planerischer Aufgaben schlug. Dabei entwickelten sie die überzeugende These, dass die Bewertung des öffentlichen Raums derzeit von sehr widersprüchlichen Annahmen geprägt ist. Zwar kommt angesichts der heutigen Konsum- und Freizeitkultur dem öffentlichen Raum in den Zentren der Innenstädte eine immer wichtigere Bedeutung und eine große planerische Aufmerksamkeit zu. Gleichzeitig wird aber eine Vernachlässigung des öffentlichen Raumes konstatiert, die in die gegenteilige Richtung zu weisen scheint. Bei der zweiten Sichtweise handelt es sich Harlander und Kuhn zufolge aber um eine eingeschränkte Wahrnehmung, die auf konsumierende Bevölkerungsgruppen fokussiert ist, und nicht ausreichend in Betracht zieht, dass die von der offiziellen Planung vernachlässigten Bereiche oft von weniger kaufkräftigen, meist

jüngeren Bevölkerungsgruppen genutzt werden. Diese eignen sich solche Bereiche für andere als die ursprünglich vorgesehenen Zwecke an, und nehmen dabei eine subkulturelle Neucodierung vor, die die Planer bisher nicht als sinnvolle Nutzung erkennen können oder wollen.

Die Bedeutung planungsgeschichtlicher Forschung für das Verständnis dieses Wertewandels diskutierten die Organisatoren der Tagung - Ursula von Petz, Christoph Bernhardt, Gerhard Fehl und Gerd Kuhn - in der Abschlussrunde mit Tilman Harlander und Klaus Selle. Dabei stellte Selle fest, dass bisher nur wenig systematisch über die historische Entwicklung des öffentlichen Raums geforscht worden ist. Insbesondere fehlen empirische Forschungsarbeiten, die darlegen, wie in unterschiedlichen Epochen die Zugänglichkeit, Kontrolle und Pflege des öffentlichen Raums organisiert und von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wahrgenommen wurden. Eine solche planungsgeschichtliche Betrachtung dürfte dazu beitragen, neue Lösungswege zu finden, die für den Umgang mit dem aus der städtebaulichen Moderne resultierenden "Übermaß an öffentlichem Raum" (Harald Kegler) nötig sind. Die erst kürzlich ins Leben gerufene AG Planungsgeschichte der GSU hat damit die Vorteile ihres interdisziplinären, Historiker und Planer vereinenden, Ansatzes unter Beweis gestellt, so dass auch die Nachfolgekonzferenz im Januar 2005 in Hamburg wieder einen wichtigen Beitrag der stadtgeschichtlichen Forschung für die aktuelle Planungsdebatte erbringen dürfte.